

Netzausbau – mit Bürgerbeteiligung

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat eine erheblich veränderte Erzeugungsstruktur zur Folge; damit zeichnen sich insbesondere andere Wege zu den Verbrauchern ab, um den klimafreundlich gewonnenen Strom zu transportieren. Eine wesentliche – wenn nicht sogar entscheidende – Rolle bei dem beschleunigten Atomausstieg und damit für den Erfolg der regenerativen Energiegewinnung spielt der Umbau zum intelligenten Netz (Smart Grid) und der Ausbau des Verteil- und Übertragungsnetzes. Je mehr Strom dezentral und damit verbrauchsnahe erzeugt wird, umso geringer ist der Umfang des Zubaus neuer, teurer und konflikträchtiger Übertragungsnetze. Ein Neubau von Netzen im Höchstspannungsbereich ist allerdings im Interesse der Versorgungssicherheit unumgänglich; über das Ausmaß neuer Trassen herrscht aber kein Einvernehmen, da Netzbetreiber, zahlreiche (Interessen-) Verbände und die Vertreter der Politik auf kommunaler sowie Landes- und Bundesebene mit divergierenden Ansätzen / Annahmen arbeiten und damit unterschiedliche Kilometerlängen für Netze publizieren. Umso schwieriger ist es für die interessierte Öffentlichkeit, die Notwendigkeit und den Umfang der Trassen bei den diversen Studien und Daten nachvollziehbar einzuordnen - und für betroffene Anwohner einzusehen, dass gerade „ihre“ Trasse gebaut werden muss und „alternativlos“ ist.

Von den Medien wird der „Bürgerprotest“ (besser Protest der Betroffenheit von Anliegern an Trassen) ein wenig zu bereitwillig als Bestandteil der „Wutbürger“-Bewegung gedeutet, was in der Sache nicht haltbar ist! Als Vorsitzender einer Bürgerinitiative engagiere ich mich für ziel- und ergebnisorientierte Lösungsansätze, um eine Belastungs- und Eingriffsminimierung für Anwohner unumgänglich notwendiger Stromtrassen zu erreichen. Dies beinhaltet: Ein Mehr an Information, Dialog, Transparenz sowie an formaler und inhaltlicher Beteiligung bei der Planung und den Verfahren. Wir treten für eine neue Form der Beteiligungs- und Diskussionskultur ein. Es sollten in den betroffenen Landkreisen Informationsveranstaltungen praktiziert und parallel dazu ein internetbasiertes Informations- und Beteiligungsportal eingerichtet werden. Hierbei spielt eine „ehrliche“ (am besten durch Dritte moderierte), frühzeitige und umfassende Information über Projekte eine maßgebliche Rolle – und zwar bereits dann, bevor die Genehmigungsverfahren eingeleitet worden sind. Bei der Realisierung des Leitungsneubaus interessieren wir uns dafür, ob alle Planungsalternativen nachhaltig untersucht wurden – und ob auch alle Möglichkeiten der Übertragungstechnik (Dreh-/ Gleichstrom) und einer (Teil-) Erdverkabelung ergebnisoffen und angemessen geprüft wurden. Der Anwohnerschutz an Stromtrassen ist derzeit unzureichend; wenn Erdkabel insbesondere aus Kostengründen keine generelle Lösung sein sollte, muss bei Freileitungen über verbindliche Abstandsregelungen zu Wohnhäusern nachgedacht werden. Erforderlich ist auch eine institutionalisierte Bürgerbeteiligung – z. B. in Form von Bürgerbüros („Bürgeranwälten“) bei der Bundesnetzagentur und bei den Landesplanungsbehörden.

Dass der Bürgerprotest gegen die Trassen und „Megamasten“ den Netzausbau verzögert oder gar blockiert, entspricht einer sehr oberflächlichen Wahrnehmung und wird in keiner Weise der Realität gerecht. Da Bürger/innen an den Genehmigungsverfahren formal überhaupt nicht beteiligt sind, können Sie auch keine korrekt geplante und energiewirtschaftlich notwendige Stromtrasse rechtlich blockieren oder gar wirksam verhindern! Der Widerstand

¹ Klaus Rohmund, Vorsitzender „BI 380-kV-Werra-Meißner“ e.V., Kohlenstr. 8, 37290 Meißner b Eschwege

mag für Netzbetreiber und Behörden störend und ärgerlich sein, jedoch ist er nicht wirklich rechtsrelevant – der Widerstand der Bürger/innen wird aber gern als Vorwand benutzt. Die „Reibungsverluste“ zwischen den beteiligten Bundesministerien, Kompetenzgerangel zwischen Bund und den Ländern sowie Finanzierungsfragen - letztlich auch der Ruf nach Fördermitteln von verschiedenen Seiten / Akteuren - dürften wesentlich maßgeblicher für den nicht voranschreitenden Netzausbau sein. Dass der zeitliche Verzug und damit der zunehmende Druck zum Realisieren des Netzausbaus den Netzbetreibern und anderen Akteuren in die "Karten spielt", liegt auf der Hand. In der derzeitigen Situation sind durchaus „Beschleunigungsgesetze“ und finanzielle Anreize (Fördermittel) „besser realisierbar“ und über die Politik durchzusetzen.